



HESSISCHER LANDTAG

29.11.2012

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2013/2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014) in der
Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des
Haushaltsausschusses

Drucksache 18/6515 zu Drucksache 18/5926

Inhalt des Antrags: **Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus,
Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Ministerium
Buchungskreis: 2200

Produktnummer lt. Leistungsplan 17 neu

Bezeichnung lt. Leistungsplan Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und
Fremdenfeindlichkeit

von Veränderung
um auf

Leistungsplan 2013:

Beträge in 1.000 EUR

Gesamtkosten	0,0	+2.354,2	2.354,2
Produktabgeltung	0,0	+2.354,2	2.354,2

Leistungsplan 2014:

Beträge in 1.000 EUR

Gesamtkosten	0,0	+2.354,2	2.354,2
Produktabgeltung	0,0	+2.354,2	2.354,2

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Verfassungsschutzämter und Sicherheitsbehörden haben sich zur Bekämpfung rechter Strukturen und beim Schutz der Bevölkerung vor rechtem Terror als unfähig erwiesen. Der Bedrohung durch militante Neonazis und Verbreitung rassistischen Gedankengutes soll daher mit einem "Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit" begegnet werden. Im Rahmen des Programms werden Bundesmittel aufstockt oder eigene Mittel für antifaschistische Gruppen, Initiativen, Vereine und Projekte zur Verfügung gestellt, die sich der Jugendaus- und -weiterbildung, der Förderung interkultureller Begegnungen und dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit widmen.

Wiesbaden, 29.11.2012

Für die Fraktion DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende
Willi van Ooyen